***In einer Begleitnotiz vorn 2. Januar 1938 zu einer Reihe von Aufzeichnungen, die dem Reichsaußenminister als Unterlagen für den Besuch von Beck vorgelegt wurden, erklärte Weizsäcker, dass seines Erachtens folgende Punkte hervorzuheben seien:***

a) Polen muß für unsere Minderheit mehr tun.

b) Polen hätte sich schon jetzt mit kleinen wirtschaftlichen Vorteilen abzufinden, falls Memel demnächst deutsch wird.

c) Polens Haltung in anderen Punkten unserer Ostpolitik festzulegen, wird sich in dem Gespräche wahrscheinlich als verfrüht erweisen. Beck sollte spüren, dass wir die ganze Schwäche seiner Position kennen, und abwarten, bis er mürber wird.

Die von der Politischen Abteilung vorgelegte Aufzeichnung, die die Unterschrift des Dirigenten der Abteilung, Bismarck, trägt, empfahl die folgenden Richtlinien für die Unterredungen: Vor Beginn einer Besprechung der Einzelprobleme erscheint es empfehlenswert, Herrn Beck darauf hinzuweisen, dass die Deutsche Regierung erwarten dürfe, dass die Polnische Regierung der durch die Wiedererstarkung Deutschlands, insbesondere aber durch die Ereignisse des Jahres 1938 völlig veränderten europäischen Lage Rechnung trage. Polen werde sich gewiß darüber klar sein, dass Deutschland heute die einzige Macht in Europa sei, an die es sich anlehnen könne. Deutschland wünsche nach wie vor diese Zusammenarbeit auf der Grundlage des Abkommens vom 26. Januar 1934. Die Deutsche Regierung habe mit Interesse die kürzlichen Bemühungen Polnischer Regierung, das polnisch-russische Verhältnis zu verbessern, verfolgt. Deutscherseits sei gegen eine Normalisierung russisch-polnischer Beziehungen nichts einzuwenden, wobei wir allerdings der Meinung seien, dass die Sowjet-Union zur Zeit weder als Freund von besonderem Wert noch als Feind besonders zu fürchten sei. Auch bezüglich des polnisch-französischen Verhältnisses sei sich Polen gewiß darüber klar, dass Frankreichs Freundschaft eine platonische sei, seitdem der westdeutsche Limes stehe und Frankreich die für ihr europäisches Bündnissystem wesentlich wichtigere Tschechoslowakei kurzerhand ihrem Schicksal überlassen habe. Die Aufzeichnung fährt fort, *„dass angesichts der Tatsache, dass Beck die deutschen Anregungen betreffend Danzig kurzerhand zurückgewiesen habe, es nicht zweckmäßig sei, die Danziger Frage anzuschneiden, falls Beck sie nicht zur Sprache bringe, da die Frage noch nicht ausgereift sei“.*

*Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882 – 1951) war der Vater des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und ein deutscher Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Brigadeführer der Allgemeinen SS. Er wurde in Nürnberg als Kriegsverbrecher wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.*

***Unterredung des Führers mit dem Polnischen Außenminister Beck im Beisein des Reichsministers des Auswärtigen, des Deutschen Botschafters in Warschau und des Polnischen Botschafters in Berlin, Berchtesgaden, 5. Januar 1939 Aufzeichnung des Gesandten Schmidt***

Oberst Beck unterstrich einleitend die Tatsache, dass die deutsch-polnischen Beziehungen in der Septemberkrise ihre Probe voll und ganz bestanden hätten. Wenn sich in den letzten Monaten vielleicht ein gewisses Absinken von dem hohen Niveau der Septembertage bemerkbar gemacht hätte, so solle man sich nach Ansicht der Polnischen Regierung auf beiden Seiten bemühen, die Ursachen einiger Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich in der letzten Zeit ergeben hätten. Als eine dieser Schwierigkeiten erwähnte Herr Beck die Danziger Frage und betonte dabei, dass hier nicht nur die Deutsche und die Polnische Regierung, sondern auch dritte Parteien, wie unter anderem auch der Völkerbund, in Frage kämen. Was hätte z. B. zu geschehen, falls sich der Völkerbund aus seiner Danziger Rolle einmal zurückzöge? Auch sonst gäbe es noch einige



weitere Fragen, in denen bestehende Missverständnisse beseitigt werden sollten, u. a. die Garantierung der tschecho-slowakischen Grenze, und zwar ob sie sofort erfolgen solle oder, wenn überhaupt, zu welchem Zeitpunkt sie in Aussicht genommen wäre.

Der Führer erwiderte, dass zur Bereinigung aller bestehenden Schwierigkeiten zunächst einmal auf die Grundtendenz des deutsch-polnischen Verhältnisses zurückgegriffen werden müsste. Von deutscher Seite könne er betonen, dass sich in dem Verhältnis Deutschlands zu Polen, wie es sich auf Grund der Nichtangriffserklärung vom Jahre 1934 darstelle, nicht das Geringste geändert habe. Deutschland werde unter allen Umständen an der Erhaltung eines starken nationalen Polen interessiert sein, ganz unabhängig von der Entwicklung der Dinge in Russland. Gleichgültig ob es sich um ein bolschewistisches oder ein zaristisches oder ein sonst wie geartetes Russland handele, würde Deutschland diesem Land stets mit größter Vorsicht gegenüberstehen und sei daher durchaus daran interessiert, Polens Stellung erhalten zu sehen. Rein militärisch bedeute die Existenz einer starken polnischen Armee für Deutschland eine erhebliche Entlastung; die Divisionen, die Polen an der russischen Grenze zu stehen hätte, ersparten Deutschland eine entsprechende militärische Mehrausgabe

Der Führer wies auf die Deutschland in der Weltpresse unterschobenen Absichten im Zusammenhang mit der Ukraine hin und erklärte, dass Polen in dieser Hinsicht von Deutschland nicht das Geringste zu befürchten hätte. Deutschland hätte jenseits der Karpaten keine Interessen und es sei ihm gleichgültig, was die an diesen Gebieten interessierten Länder dort täten. In ähnlicher Weise sei es auch am Mittelmeer nicht direkt interessiert, würde jedoch unter allen Umständen jederzeit an Italiens Seite zu finden sein. Man müsse im übrigen unterscheiden zwischen Deutschlands politischen Interessensphären und seinen wirtschaftlichen Bestrebungen die einzig und allein darauf gerichtet seien, mit allen Ländern, die als Wirtschaftspartner in Frage kämen, ausgedehnte Handelsbeziehungen zu unterhalten. Dabei gäbe es Länder, wie z. B. die Vereinigten Staaten, die sich ihrer Wirtschaftsstruktur nach weniger als Partner für Deutschland eigneten, da sie die Industrieerzeugnisse, mit denen Deutschland seine Rohstoff- und Lebensmittelbezüge

allein bezahlen könnte, im eigenen Lande herstellten. Andere Länder dagegen, zu denen auch Polen gehörte, könnten von Deutschland alle Industrieerzeugnisse, die sie brauchten, beziehen und ihm dafür Lebensmittel und Rohstoffe verkaufen. In diesen Fällen wolle Deutschland seine Handelsbeziehungen so stark wie möglich ausbauen, was insbesondere auch für den Wirtschaftsverkehr mit Polen gelte.

Die im Zusammenhang mit dem Wiener Schiedsspruch von Deutschland in der ukrainischen Frage eingenommene Haltung, die in Polen vielleicht zu gewissen Missverständnissen geführt habe, erkläre sich aus der historischen Entwicklung dieser Angelegenheit im Zusammenhang mit der Haltung Ungarns während der Septemberkrise. In längeren Ausführungen entwickelte der Führer dann die einzelnen Phasen des tschechoslowakischen Konflikts unter besonderer Betonung der unentschlossenen, zögernden Haltung Ungarns. In verschiedenen Besprechungen habe er den Ungarn dringend angeraten, wenn sie eine politische Lösung ihres Gebietsstreites mit der Tschechoslowakei wünschten, so schnell wie möglich selbst die Initiative zu ergreifen, hätte aber bei den Ungarn nur sehr wenig Verständnis gefunden. Die Ungarn seien in den Vorkriegsanschauungen von den Absichten Englands und Frankreichs befangen gewesen und hätten immer wieder erklärt, das sie fürchteten, die beiden Länder würden aktiv in den Konflikt eingreifen und das ein verlorener Krieg vielleicht Deutschland nicht das Leben kosten würde, aber das endgültige Ende Ungarns mit sich bringen würde. Durch das überraschende Verhandlungsangebot Chamberlains und Daladiers sei er (der Führer) im übrigen von der rein politischen Lösung der tschechoslowakischen Frage, die einer Liquidation der Tschechoslowakei gleichgekommen wäre, abgedrängt worden und hätte, da er von Ungarn in keiner Weise irgendwie aktiv unterstutzt worden wäre, nur die ethnographische Lösung vor der Welt vertreten können, im Gegensatz zu der politischen Lösung, die in einer nur zwischen Polen, Ungarn und Deutschland als einzig interessierten Mächten zu regelnden bestanden haben würde, d. h der Liquidation der Tschechoslowakei. Es sei auch für die Zukunft klar, das derartige politische Lösungen nie einseitig erfolgen könnten, sondern das alle an der Tschechoslowakei interessierten Länder daran teilnehmen würden.

Erst nachdem die Ungarn ein Eingreifen für gefahrlos ansahen, hätten sie sich etwas stärker betätigt. Dabei müsse er darauf hinweisen, das es gar nicht einfach gewesen sei, in München die Franzosen und Engländer dazu zu bewegen, auch die polnischen und die ungarischen Ansprüche an die Tschechoslowakei mit in die Vereinbarung aufnehmen zu lassen. In Verfolg der auf Grund eines Mussolinischen Vorschlags in München erzielten Einigung über diese beiden Sonderansprüche hätten dann die Ungarn ihre Forderungen auf Grund einer Karte formuliert, in der das ukrainische Gebiet nicht von den Ungarn verlangt worden wäre. Deutschland hätte dem Ansuchen nach einem Schiedsspruch nur sehr ungern stattgegeben und es schließlich auch nur getan, als von beiden streitenden Parteien, Ungarn und der Tschechoslowakei, die Zusicherung vorlag, das der Schiedsspruch angenommen werden würde. Dieser Schiedsspruch sei, wie gesagt, nach Anhörung beider Parteien und auf Grundlage der ungarischen Forderungen durchgeführt worden. Kurze Zeit danach hätten dann die Ungarn plötzlich erklärt, dass sie nun auch noch größere Teile der Ukraine fordern müssten, und hätten dadurch die Schiedsmächte in eine schwierige Lage gebracht.

Es sei selbstverständlich ausgeschlossen gewesen, so kurze Zeit nach Wien das dort erzielte Ergebnis wieder zu revidieren. Andererseits wäre es für Ungarn auch unmöglich gewesen, seine Forderungen gewaltsam durchzusetzen, da zweifellos die tschechoslowakische Armee sich als die stärkere herausgestellt haben würde und wahrscheinlich schon nach kurzer Zeit in Budapest eingerückt wäre. In diesem Fall wäre Deutschland in eine äußerst schwierige Lage geraten, denn es sei klar, das es Ungarn davor hätte bewahren müssen, von der Tschechoslowakei besiegt zu werden, sei es auch nur aus dem Prestigegrunde, um zu verhindern, das die ganze Welt über den Triumph eines demokratischen Landes über einen seiner Angreifer gejubelt hätte. Militärisch hätte andererseits Deutsch-

lind eine lange Zeit der Mobilmachung hinter sich gehabt, wobei der Jahrgang, der normalerweise zur Entlassung hätte kommen müssen, mehrere Monate länger im Dienst behalten worden sei. Andere Mobilmachungsmaßnahmen seien auf den verschiedensten Gebieten längere Zeit getroffen gewesen, und es hätte sich die Notwendigkeit herausgestellt, nach Beendigung der Krise alle diese Maßnahmen abzubauen. Im November sei daher der ausgebildete Jahrgang im Zweiten Dienstjahr gerade entlassen gewesen und man hätte nur einen noch nicht ganz ausgebildeten Jahrgang sowie junge Rekruten unter den Fahnen gehabt. Bei dieser Sachlage wäre es auch bei einer geringfügigen internationalen Verwicklung notwendig gewesen, den eben entlassenen Jahrgang sofort wieder einzuberufen und verschiedene kostspielige Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet zu treffen. Diese neuerliche Einberufung würde selbstverständlich eine außerordentliche psychologische Belastung für die deutsche öffentliche Meinung gewesen sein, hätte aber darüber hinaus auch noch die weitere Folge gehabt das in Frankreich die in den verschiedenen Spannungstufen ihren Ausdruck findende Mobilmachungsmaßnahmen automatisch ergriffen worden wären und rückwirkend ihrerseits wieder zu ähnlichen Mobilmachungsmaßnahmen Deutschlands (Besetzung der Westbefestigungen usw.) geführt hätten. Aus diesem Grunde hätte Deutschland im November auf keinen Fall einen internationalen Konflikt zulassen können, und dies sei letzten Endes mit einer der Ausschlag gebenden Grunde für seine Haltung in der ukrainischen Frage gewesen.

Was das deutsch-polnische Verhältnis im Einzelnen angehe, so wolle er noch einmal wiederholen, dass sich an der deutschen Einstellung gegenüber Polen seit 1934 nichts geändert habe. Um zu einer endgültigen Bereinigung der zwischen beiden Ländern noch schwebenden Fragen zu gelangen, dürfe man sich nicht auf die mehr negative Abmachung vom Jahre 1934 beschränken, sondern müsse die einzelnen Probleme einer endgültigen vertraglichen Regelung zuzuführen suchen. Von deutscher Seite gäbe es außer der Memelfrage, die ihre Regelung im deutschen Sinne finden würde, (es habe den Anschein, das die Litauer an einer vernunftgemäßen Lösung mitwirken wollten) im direkten deutsch-polnischen Verhältnis das für Deutschland gefühlsmäßig sehr schwierige Problem des Korridors und Danzigs zu lösen. Man müsse seiner Ansicht nach von alten Schablonen abweichend hier Lösungen auf ganz neuen Wegen suchen. So könne man sich im Falle Danzig z. B. eine Regelung denken, nach der diese Stadt politisch wieder, dem Willen ihrer Bevölkerung entsprechend, der deutschen Gemeinschaft zugeführt würde, wobei selbstverständlich die polnischen Interessen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, voll und ganz gewahrt werden müssten. Dies sei ja auch Danzigs Interesse, denn Danzig könne auch wirtschaftlich ohne Polen nicht leben, und so dächte er, der Führer, an eine Formel, nach der Danzig politisch zur deutschen Gemeinschaft gelange, wirtschaftlich aber bei Polen bliebe.

Danzig ist deutsch, wird stets deutsch bleiben und wird früher oder später zu Deutschland kommen. Er könne jedoch versichern, dass in Danzig kein *fait accompli* geschaffen würde.

Bezüglich des Korridors, der, wie erwähnt, für Deutschland ein schweres psychologisches Problem sei, wies der Führer darauf hin, dass es selbstverständlich vollständig unsinnig sei, Polen den Zugang zum Meere fortnehmen zu wollen. Wenn Polen derartig eingekapselt würde, so könne man es im Hinblick auf die daraus entstehende Spannung mit einem geladenen Revolver vergleichen, dessen Abzug sich in jeder Minuten lösen könnte. Die Notwendigkeit der Verbindung Polens zum Meer sei also absolut anzuerkennen. Ebenso bestehe aber auch für Deutschland eine Notwendigkeit der Verbindung mit Ostpreußen und auch hier könne man vielleicht beiden Interessen durch Verwendung völlig neuer Lösungsmethoden gerecht werden.

Wenn es gelänge, auf dieser vernünftigen Grundlage eine endgültige Bereinigung der Einzelfragen herbeizuführen, wobei selbstverständlich jeder der beiden Partner zu seinem Recht kommen müsse, dann wäre der Zeitpunkt gekommen, auch Polen gegenüber die

mehr negative Erklärung von 1934 in einem positiven Sinne ähnlich den Abmachungen mit Frankreich dadurch zu ergänzen, das nunmehr von deutscher Seite eine klare vertraglich festgelegte Grenzgarantie an Polen gegeben würde. Polen würde dann den großen Vorteil erhalten, seine Grenze mit Deutschland einschließlich des Korridors – der Führer unterstrich noch einmal die psychologische Schwierigkeit dieses Problems und die Tatsache, dass nur er es einer solchen Lösung zuführen könne – vertraglich gesichert zu bekommen. Es sei für ihn (den Führer) nicht ganz einfach, eine derartige Garantie des Korridors zu geben, und er würde deshalb sicherlich, besonders von der bürgerlichen Seite, ziemlich kritisiert werden. Aber als Realpolitiker glaube er doch, dass eine derartige Lösung die beste wäre. Genau so wenig wie man heute von Südtirol oder von Elsaß-Lothringen spreche, würde man vom polnischen Korridor hören, wenn Deutschland einmal seine Garantie gegeben hätte.

Eine weitere Frage, in der Polen und Deutschland gemeinsame Interessen hätten, wäre das Judenproblem. Er, der Führer, sei fest entschlossen, die Juden aus Deutschland herauszubringen. Man würde ihnen jetzt noch gestatten, einen Teil ihres Vermögens mitzunehmen; sie würden auf diese Weise sicherlich mehr aus Deutschland mit hinausnehmen als sie besessen hätten, als sie in dieses Land eingewandert wären. Je länger sie aber zögerten auszuwandern, desto weniger würden sie mitnehmen können.

Hätte man von Seiten der Westmächte mehr Verständnis für die deutsche Kolonialforderung aufgebracht, so hätte er, der Führer, vielleicht zur Lösung der Judenfrage ein Territorium in Afrika zur Verfügung gestellt, das zur Ansiedlung nicht nur der deutschen sondern auch der polnischen Juden hatte verwendet werden können. Leider hätten jedoch die Westmächte dieses Verständnis nicht aufgebracht, und doch müsse Deutschland auf seiner Kolonialforderung beharren, es brauche die Kolonien unbedingt für die Ernährung seiner Bevölkerung und wurde auch früher oder später seine kolonialen Besitzungen zurückerhalten. Davon sei er, der Führer, fest überzeugt. Die Kosten, die die ungelöste Kolonialfrage infolge der daraus entstehenden Spannung an Rüstungen sowohl auf Seiten der westlichen Mächte als auch auf Seiten Deutschlands verursachte, seien sehr erheblich, und wenn die Westmächte vielleicht später einmal eine Bilanz aufstellten, so würden sie sehen, das ihre Weigerung, den berechtigten deutschen Kolonialforderungen nachzugeben, sie Milliardenbeträge gekostet hätte, und das es für alle Beteiligten billiger gewesen wäre, die Kolonialfrage zu einem vernünftigen Zeitpunkt in Deutschlands Sinne zu regeln.

Der polnische Außenminister Beck dankte dem Führer für die umfassende Darlegung des deutschen Standpunktes und erklärte, dass auch Polen absolut an seiner bisherigen Einstellung Deutschland gegenüber festhalte. Es habe mit Sowjet-Russland in den Zeiten der Septemberkrise eine außerordentlich starke Spannung bestanden. Die Lage sei ernster gewesen als es nach außen zu Tage getreten sei. Die Russen hätten mehrere Armeekorps an der russisch-polnischen Grenze, zum Teil bis unmittelbar an die Grenzlinie heran, in Stellung gebracht, und auch von polnischer Seite seien in größerem Umfange die entsprechenden Gegenmaßnahmen erfolgt, die es dann auch ermöglicht hätten, gegenüber der Tschechoslowakei so schnell zu handeln. Da nun Russland einmal der Nachbar Polens sei, hätte man sich auf polnischer Seite darum bemüht, diese außerordentliche Spannung wieder auf ein normales Maß zurückzuführen. Man bemühe es sich daher ganz natürlicherweise, mit dem russischen Nachbarn einen tragbaren *Modus vivendi zu* finden. Polen würde sich aber nie in eine Abhängigkeit zu Russland begeben und würde die Linie der unabhängigen Politik weiter verfolgen, die es bereits in früheren Jahren geübt hätte, als man Polen dazu veranlassen wollte, sich auf dem Wege über einen Ostpakt näher mit Russland zu verbinden. Polen sei zwar in Bezug auf die Erhöhung seiner Sicherheit nicht so nervös wie Frankreich und halte nichts von den sogenannten „Sicherheits-Systemen", die nach der Septemberkrise endgültig abgewirtschaftet hätten, was einen. Wendepunkt der Geschichte bedeute. Es wisse aber

die in der vom Führer soeben abgegebenen Erklärung erneut zum Ausdruck gebrachte deutsche Einstellung sehr wohl zu würdigen. Es halte auch seinerseits an der alten Linie Deutschland gegenüber fest.

Bezüglich der Ukraine erinnere er an ein Wort Pilsudskis von der "Balkanisierung Mitteleuropas". Polen erkenne in den Agitatoren, die sich auf dem jetzigen karpatho-ukrainischen Territorium bestätigten, alte Feinde wieder, und *fürchte,* das die Karpatho-Ukraine sich möglicherweise einmal zu einem Herd derartiger Beunruhigung für Polen entwickelte, das sich die polnische Regierung zu einem Einschreiten veranlasst sehen würde, aus dem sich dann weitere Komplikationen ergeben könnten. Dies sei der hauptsächlichste Grund für das Streben Polens nach einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn gewesen. Auch Polen habe sich bei Ungarn in der vom Führer selbst angegebenen Richtung eingesetzt und zum energischen Handeln geraten. Von seiner Reise nach Rumänien habe er (Oberst Beck) den Ungarn die Zusicherung mitgebracht, das Rumänien sie nicht angreifen würde, und der polnische Staatspräsident habe im Kreise ausländischer Diplomaten erklärt, das Polen Ungarn im Ernstfalle beistehen würde.

Trotz dieser Zusicherungen hätten jedoch leider die Ungarn keine Initiative ergriffen. Er bemerke im Übrigen, dass die Bevölkerung der sogenannten Karpatho-Ukraine (die Ruthenen) mit der Bevölkerung der eigentlichen Ukraine nichts gemeinsam hätte. „Ukraine“ wäre ein polnisches Wort und bedeute »Ostmark". Die Polen hätten seit Jahrzehnten damit die östlich ihres Gebietes gelegenen Gegenden am Dnjepr bezeichnet.

Was das deutsch-polnische Verhältnis angehe, so nehme er von den vom Führer ausgesprochenen Wünschen Kenntnis. Die Danziger Frage erscheine ihm jedoch außerordentlich schwierig. In diesem Zusammenhang müsse man besonders die öffentliche Meinung in Polen in Rechnung stellen. Dabei sehe er ganz von der Haltung der „Kaffeehausopposition" ab. Während seiner siebenjährigen Amtszeit habe er sich nicht im Geringsten um die Kaffeehaus-Meinung gekümmert und sei immer noch im Amt. Er müsse jedoch auf die wirkliche Meinung des Volkes Rücksicht nehmen und sehe hier allerdings größte Schwierigkeiten für eine Lösung der Danziger Frage. Er wolle jedoch das Problem gern einmal in Ruhe überlegen.

Auf die übrigen vom Führer aufgeworfenen deutsch-polnischen Fragen ging Oberst Beck nicht näher ein, sondern beschloß seine Ausführungen mit der erneuten Bekräftigung, das in der allgemeinen Einstellung Polen nach wie vor der seit 1934 befolgten Linie treu bleiben würde. Hiermit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen weisungsgemäß vorgelegt.

DR. SCHMIDT Gesandter